

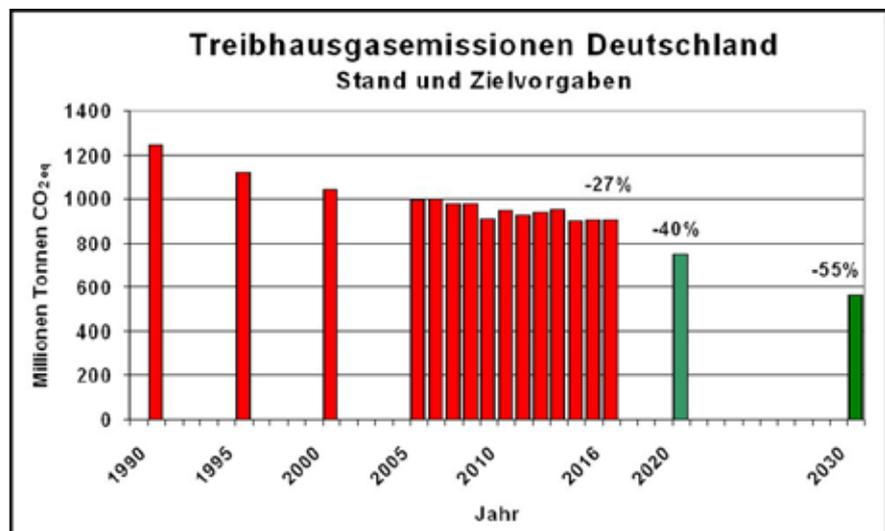


## Auf dem Weg zum CO<sub>2</sub>-neutralen Mitteldeutschland

Die bisherige Bundesregierung hatte sich im Koalitionsvertrag 2013 zu einer 40prozentigen Reduzierung von Treibhausgasen bis zum Ende dieses Jahrzehnts verpflichtet. Es bleibt aber ungewiss, wie der verbleibende Betrag von über 150 Millionen Tonnen (Mt) Treibhausgasemissionen noch ausgeglichen werden könnte.

Im Zeitraum 2016 – 2019 werden zwar acht ausgediente Kraftwerksblöcke im Rheinland, in Helmstedt und Jänschwalde für vier Jahre in die Sicherheitsbereitschaft überführt, bevor sie endgültig stillgelegt werden. Dadurch können aber erst 12,5 Mt/Jahr CO<sub>2</sub> vermieden werden.

Der stetige Ausbau der erneuerbaren Energien hat die Wettbewerbsfähigkeit weiterer Kraftwerke eingeschränkt, die zum Teil erst nach der Wiedervereinigung errichtet wurden. In Mitteldeutschland könnten nun deshalb erheblich mehr Treibhausgase reduziert werden. Bislang waren das Braunkohlekraftwerk Lippendorf (2 x 891 MW) sowie das Chemiekraftwerk Schkopau (900 MW) mit rund 17 Mt/Jahr CO<sub>2</sub> für den klimapolitischen Rückstand der Region maßgeblich verantwortlich. Block R (Region) von Lippendorf gehört der Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG), die sich – wie auch der Braunkohle-



Grafik: Jeffrey Michel

konzern Mitteldeutsche Braunkohle-  
gesellschaft mbH (MIBRAG) – im  
Eigentum des tschechischen Konzerns  
EPH befindet. Dieser Block ist für  
die bis 2023 vertraglich vereinbarten  
Fernwärmelieferungen nach Leipzig  
vorgesehen. Nach Beschluss des dortigen  
Stadtrats vom vergangenen Oktober  
soll nun untersucht werden, wie die  
Braunkohlewärme bis spätestens 2030  
durch eine Kombination aus Erdgas und  
den erneuerbaren Energien abgelöst  
werden könnte.

Der Lippendorfer Block S (Süd) ist im  
Eigentum der Energie Baden-Würt-

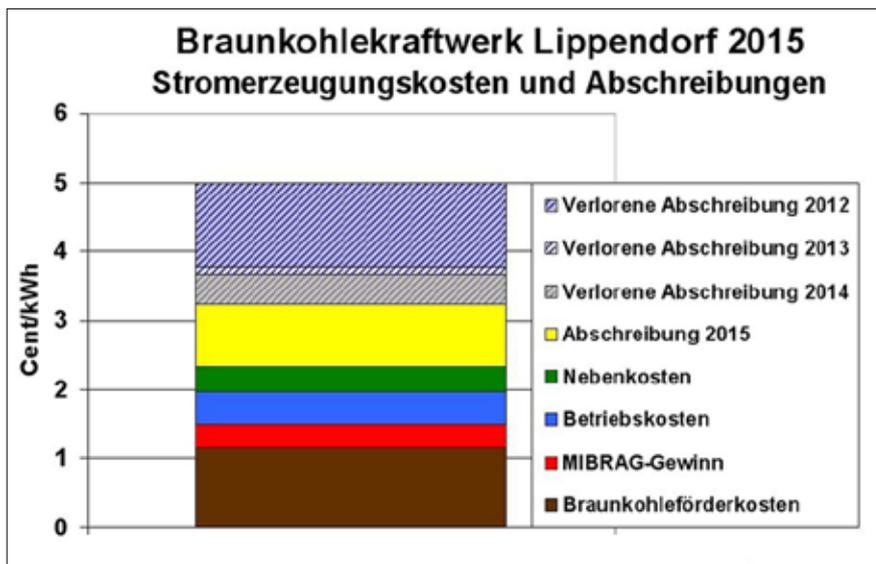
temberg AG (EnBW AG). Dieser zweite  
Generatorblock könnte bereits wegen  
erhöhter Braunkohlekosten vorzeitig  
vom Netz genommen werden, ohne  
die Versorgungssicherheit maßgeblich  
zu gefährden.

EnBW gehört zu den über 50 Unternehmen,  
die am 7. November bei der „Stiftung  
2 Grad“ einen zügigen Kohleausstieg  
gefordert haben. Das Kraftwerk in  
Lippendorf emittiert über 11 Millionen  
Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Die Hälfte davon  
könnte durch den Standby-Betrieb von  
Block S vermieden werden.

Diese Sicherheitsbereitschaft wäre für

« AKTUELLES < AKTUELLES > AKTUELLES »

DER GRÜNE LIGA BRANDENBURG E. V. WÜNSCHT ALLEN LESERINNEN EINE FROHE ADVENTS- UND  
WEIHNACHTSZEIT!



Grafik: Jeffrey Michel

die EnBW betriebswirtschaftlich sinnvoll. Denn trotz Erzeugung von rund 5,8 TWh/Jahr elektrischen Stroms liegt die Absatzrendite von Block S gemäß Jahresabschluss bei Null. Die MIBRAG

verlangt mit zuletzt 17,67 €/t weitaus mehr für die dorthin gelieferten 4,9 Mt Braunkohle, als beim Block R der Schwesterfirma LEAG anzunehmen ist. Die von Block S ins öffentliche Netz eingespeiste Elektroenergie ist entsprechend weniger wettbewerbsfähig. Durch die Überführung des Blocks in die Sicherheitsbereitschaft würde die EnBW eine Ausgleichsvergütung von der Bundesnetzagentur erhalten. Der 891-MW-Generator könnte aber jederzeit wieder in Betrieb genommen werden, um drohende Versorgungslücken abzuwenden. Der Ruhezustand von Block S würde ungefähr so viel CO<sub>2</sub> einsparen, wie derzeit vom Kraftwerk Schkopau in Sachsen-Anhalt (5,6 Mt/Jahr) emittiert wird.

**DowDuPont als Zugpferd der Entkarbonisierung**

Das 900-MW-Braunkohlekraftwerk Schkopau ist seit 1995 in Betrieb, um den dortigen Chemiestandort von DowDuPont (einem der weltweit größten Konzerne der Chemischen Industrie) mit Dampf und Elektroenergie zu versorgen. Der überschüssige 50-Hz-Strom wird ins öffentliche Netz gespeist, während auch 110-MW-Bahnstrom durch einen zusätzlichen 16 2/3-Hz-Generator erzeugt wird. Ohne eigenen Bergbau werden bis zu 20.000 t Braunkohle pro Tag aus dem 40 km entfernten MIBRAG-Tagebau Profen in beheizbaren 64,5 t Kohlewagen angeliefert. Dieser zusätzliche Transportaufwand trägt dazu bei, dass die Wirtschaftlichkeit des Kraftwerks laut MIBRAG-Jahresabschluss 2015 als „besonders gefährdet“ gilt.

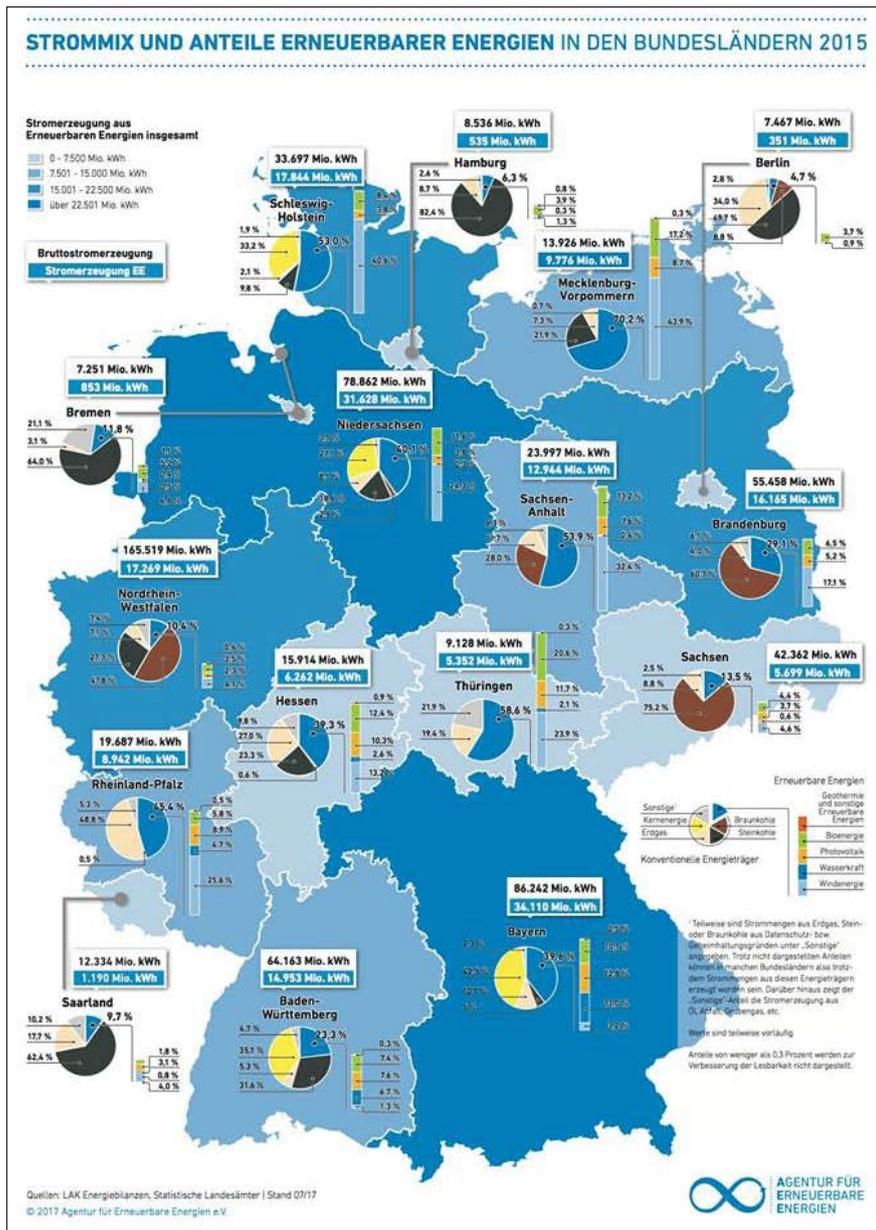
In den USA hat sich der Mutterkonzern von DowDuPont bereits teilweise von den fossilen Energieträgern abgewandt. Trotz reichlicher Vorkommen an Erdgas und Braunkohle im Bundesstaat Texas wurde im März 2015 zur Versorgung der Dow-Betriebsstätte in der Stadt Freeport ein Bezugsvertrag über 200 MW aus einem eigens errichteten Windpark abgeschlossen. Das Unternehmen ist dadurch zum drittgrößten gewerblichen Käufer in den USA für Windstrom geworden. Bis 2025 sind insgesamt 750 MW CO<sub>2</sub>-neutrale Elektroenergie für die Chemieproduktion eingeplant. In Sachsen-Anhalt waren bis Ende 2016 bereits 4,9 GW Windkraftkapazität installiert, mit der 8 TWh Strom pro Jahr erzeugt werden. Eine weitere Zunahme auf über 6 GW ist für 2020 bei einer Netzeinspeisung von insgesamt 10 TWh

INHALT	
S. 1	Auf dem Weg zum CO <sub>2</sub> -neutralen Mitteldeutschland
S. 4	Würdigung von Manfred Wolf
S. 4	Gemeinnützigkeit und Politik gehören zusammen
S. 5	Sternfahrt nach Altenau
S. 6	Kampf um den Trothheidesee
S. 8	Der Wolf in Brandenburg
S. 9	Die Spree leidet unter Tagebaufolgen
S. 12	1. Jahrestagung des RENN.mitte
S. 13	Rückbau des Forschungsreaktors BERII
S. 15	Landesmitgliederversammlung 2017



Güterwagen für Schüttgut, wie z.B. Braunkohle

Bild: WBN Waggonbau Niesky GmbH



Grafik: Agentur für erneuerbare Energien

prognostiziert worden. Das Kraftwerk Schkopau könnte sich demzufolge in wenigen Jahren rechnerisch erübrigen und den Chemiestandort erheblich entkarbonsieren.

Der derzeitige Liefervertrag mit der MIBRAG läuft 2021 aus. Der jährliche Bezug von 4,7 Mt Braunkohle ergibt sich als Umrechnung aus den CO<sub>2</sub>-Emissionsangaben der Deutschen Emissionshandelsstelle DEHSt. Der Primärenergiegehalt der Profener Braunkohle mit einem Heizwert von 10,5 GJ/t beträgt 13,7 TWh.

- Gemäß Herstellerangabe könnten pro Jahr aus dem Kesseldampf:
- 4,6 TWh Netzstrom
  - 0,7 TWh Bahnstrom
  - 0,9 TWh für Prozessdampf und Fernwärme

abgegeben werden. Das Kraftwerk Schkopau ist derzeit mit 5,3 TWh Strom- und Dampferzeugung (2014) zu über 85 % ausgelastet. Die Betriebsrendite wird jedoch neben dem hohen Transportaufwand für die Profener Braunkohle auch durch steigende Anforderungen an den Emissionsschutz bedeutend eingeschränkt. Schkopau weist im Rauchgas die höchsten Quecksilber-Konzentrationen aller deutschen Kraftwerke auf. Ein Versuchsfilter der amerikanischen Firma GORE mit Sorbent-Polymer-Katalysator ist in einem VGB-Gemeinschaftsprojekt zusammen mit EnBW, LEAG, RWE und Uniper getestet worden. Das Aggregat mit sechs übereinanderliegenden Modulen hat sich nach ersten Informationen als unzureichend erwiesen, um die

in der EU ab 2021 geltenden verschärften BREF-Emissionsvorschriften für Quecksilber kosteneffektiv einzuhalten. BREF steht stellvertretend für das EU-Kommissionsblatt über die Verwendung der besten verfügbaren Technologien zur Verminderung der Umwelteinwirkungen eines Wirtschaftszweiges. Schkopau liefert aus dem 110-MW-Generator bis zu 8 % des bundesweiten Bahnstroms. Eine Ablösung der Braunkohleverstromung gemäß Kundenerwartungen an ein CO<sub>2</sub>-neutrales Schienennetz ist bei der DB Energie noch nicht in Planung.

**Klimapolitik in der Warteschleife**  
Sachsen weist unter allen Bundesländern den höchsten Braunkohleanteil an der Stromerzeugung auf. Das LEAG-Kraftwerk Boxberg in der Lausitz ist mit 2.575 MW Leistung an erster Stelle dafür verantwortlich. Werden nun zukünftig CO<sub>2</sub>-bedingte Stilllegungen nach dem Betriebsalter festgelegt, dürften die zwei 500-MW-Blöcke aus den Jahren 1979 und 1980 vorgezogen werden. In Mitteldeutschland tragen jedoch die erneuerbaren Energien im zunehmenden Umfang zur regionalen Wertschöpfung bei. Im Gegensatz zur LEAG hat sich die EnBW anlässlich der Bonner Klimakonferenz zu einem klimagerechten Kohleausstieg unter Einschluss des Kraftwerks Lippendorf bekannt. In Schkopau treten sowohl DowDuPont als auch die Deutsche Bahn für eine Reduzierung ihres CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks ein.

Die Stilllegung mitteldeutscher Kraftwerke könnte damit irgendwann infolge einer CO<sub>2</sub>-bedingten Risikoabschätzung beschlossen werden.

■ Jeffrey Michel



Das Braunkohlekraftwerk Lippendorf

Foto: Jeffrey Michel

# Ökologische Linke verliert wichtigen Mitstreiter

Zum Tod von Manfred Wolf, Sprecher der Ökologischen Plattform der LINKEN

Soviel kann man festhalten: Ohne Manfred Wolf hätte es die Ökologische Plattform in der Form, wie sie sich entwickelt hat, nie gegeben. Am 7. Februar 1994 erschien ein umfangreicher Artikel von mir zu ökologischer Rettungspolitik im „Neuen Deutschland“. Zugleich wurde dabei eine Diskussion zwischen André Brie und mir angekündigt unter dem Fokus „Soziale und ökologische Frage – wie Feuer und Wasser“. In der sich entwickelnden Diskussion dazu brachte Manfred Wolf an dem Abend den Vorschlag ein, in der PDS eine Ökologische Plattform zu gründen. Mir gefiel der Vorschlag ausgesprochen gut und ich unterstützte das Ansinnen sofort. Dazu muss man vielleicht wissen, dass das Pendant, die Kommunistische Plattform, damals wahrscheinlich die größte Strömung in der PDS und regelmäßig in den Medien präsent war. Einen ähnlichen Pol von der ökologischen Seite her aufzuziehen, schien eine höchst interessante Perspektive. Am 24. Juni erblickte die neue Struktur das Licht der Welt.

Diese ehrenamtliche Parteiarbeit forderte über die Jahre unaufhörlich ihren Tribut – die jährlichen Bundestreffen mußten organisiert werden, thematische Konferenzen wurden ausgerichtet usw. usf. Manfred Wolf brachte sich selbstlos ein und setzte immer auf ein konstruktives Herangehen, trug einen erheblichen Teil der Lasten. Ende der neunziger Jahre kam man auf die Idee, ein umweltpolitischer Sprecher und Mitarbeiter im Karl-Liebknecht-Haus sei verzichtbar. Durch diesen Umstand

rückte Manfred an eine noch zentralere Stelle in der Arbeit der Plattform. Durch „verlorene Schlachten“ ließ er sich nicht entmutigen.

Manfred Wolf wurde 1936 in Rauschenbach in Niederschlesien geboren, musste mit der herannahenden Front seine Heimat verlassen. Er studierte „Außenpolitik und internationale Beziehungen“ in Potsdam-Babelsberg und arbeitete in verschiedenen diplomatischen Funktionen, meist im Bereich ČSSR. Der „Prager Frühling“ ging nicht spurlos an ihm vorüber, erzeugte erstes kritisches Nachdenken. Im Fernstudium absolvierte er ein ökonomisches Zusatzstudium an der Humboldt-Universität und begann 1977 in Moskau ein Studium an der Diplomatenaakademie des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. Gesundheitliche Beschwerden seiner Frau führen dazu, weitere Auslandseinsätze zu meiden.

Durch diese Umstände wird Manfred Wolf in das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft versetzt. Vermutlich hier sind die Ursprünge zu suchen, die nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben sein ökologisches Engagement bestimmen werden. Vom Oktober 1990 bis September 1991 arbeitete er noch im gesamtdeutschen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Immer blieb er Diplomat oder, wie Wolfgang Borchardt auf der Gedenkveranstaltung am 17. August 2017 für Manfred Wolf im Karl-Liebknecht-Haus formulierte, „die gute Seele der Ökologischen Plattform“ und hob seinen

ausgeglichenen Leitungsstil hervor. Nie verlor Manfred das Ziel aus den Augen, für eine ökologischere Linke zu streiten und nicht immer konnte er dabei nur auf Lob hoffen. Wie ich mich an persönliche Gespräche erinnere, löste die praktische Politik der rot-roten Koalition in Berlin z. B. eine sehr kritische Bewertung aus. Auf der Gedenkveranstaltung verwies Wolfgang Methling, ehemaliger Umweltminister in Mecklenburg-Vorpommern, er habe Manfred Wolf sehr geschätzt, dieser sei für ihn wie ein „großer Bruder“ gewesen, ein nimmermüder Vermittler zwischen den verschiedenen ökologisch orientierten Linken, ein Brückenbauer. Das hat insbesondere bei der Formulierung von Anträgen und Änderungsanträgen zu den Parteiprogrammen und Bundestagswahlprogrammen zu einer beachtlichen und von Umweltschutzorganisationen beachteten ökologischen Durchdringung der Programme geführt, so Methling.

Andreas Wolf beeindruckte bei seinem Vater die kompromisslose Umsetzung des ökologischen Denkens in die häusliche Praxis. Sein Vater realisierte das auch, wenn es mit Einschränkungen und Einbußen bei den Bequemlichkeiten des täglichen Lebens einher ging. Es steht im Raum: Wird es möglich sein, seinen Staffelposten weiterzureichen an eine neue Generation, die vielleicht weit erfolgreicher die ökologische Perspektive in der Partei zum Schlüssel aller anderen Politikgebiete transformieren kann?

■ Marko Ferst

## Politik und Gemeinnützigkeit gehören zusammen

Laut einem Urteil vom 20.03.2017 dürfen geförderte Umweltschutzorganisationen allgemeinpolitisch aktiv sein, sofern eine parteipolitische Neutralität gegeben bleibt.

Im konkreten Fall ging es um eine zweckgebundene Spende für die Durchführung eines Volksbegehrens, welche das Finanzamt als unzulässige politische Betätigung anklagte. Darüber hinaus hielt das Finanzamt den Einsatz

der Spende für die Rekommunalisierung von Energienetzen für unzulässig, da die Ausgaben für diese Aktion nicht von dem ursprünglichen Spendenkonto abgingen.

**Hierzu die Pressemitteilung des BUND vom 09.08.2017:**

Hamburg/Berlin: Der Bundesfinanzhof hat heute entschieden, dass das Engagement des BUND Hamburg im Rahmen der Volksinitiative

„Unser Hamburg – Unser Netz“ nicht gemeinnützigkeitsschädlich war. Das erstinstanzliche Urteil des Finanzgerichtes Hamburg aus dem Jahr 2011 ist damit aufgehoben. Die Hamburger Finanzverwaltung hatte damals einem Vorwurf stattgegeben, dass der BUND Hamburg durch sein Engagement für die Rekommunalisierung der Energienetze außerhalb des Satzungszwecks

„Umweltschutz“ handele und durch die damit verbundene „Beeinflussung der politischen Willensbildung“ die Gemeinnützigkeit ausgeschlossen sei. Der BUND begrüßte das Urteil des Bundesfinanzhofs. Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger sagte: „Das Urteil des Bundesfinanzhofs ist eine auch bundesweit bedeutende Entscheidung für unsere dem Gemeinwohl verpflichtete Arbeit. Das Urteil stärkt die direkte Demokratie und das Engagement von Tausenden, die sich

aktiv in politische Belange zum Schutz der Umwelt einmischen. Politik und Gemeinnützigkeit gehören zusammen, Volksbegehren und Umweltschutz schließen sich nicht aus.“

M a n f r e d B r a a s c h , Landesgeschäftsführer des BUND Hamburg, sagte: „Wir sind sehr froh über die Entscheidung des Bundesfinanzhofes. Das erstinstanzliche Urteil des Finanzgerichtes Hamburg wurde aufgehoben. Entscheidend ist aber

auch, dass das höchste deutsche Finanzgericht bestätigt hat, dass unser Engagement in den Jahren 2010 und 2011 im Rahmen der Volksinitiative ‚Unser Hamburg – Unser Netz‘ nicht gemeinnützigkeitsschädlich gewesen ist. Damit erlangt das Urteil auch eine bundesweite Bedeutung. Die direkte Demokratie und das Engagement gemeinnütziger Vereine, in denen bundesweit zigtausend Menschen aktiv sind, werden klar gestärkt.“

■ BUND

## Sternfahrt nach Altenau

### Wenn Heimat ihre Lobbyisten braucht

Am Samstag den 19.06.2017 lud die Bürgerinitiative „Für eine Heimat mit Zukunft“ e. V. (BI) zu einer Sternfahrt von verschiedenen Abfahrtsorten nach Altenau ein.

Für die Mitglieder der BI stand fest, dass sie dieses Jahr wieder eine öffentliche Veranstaltung für interessierte Bürger ausrichten wollen. Im Vordergrund sollte auch diesmal die Verdeutlichung des überdimensionalen Kiesabbaus im Mühlberger Raum stehen, denn im Stadtgebiet liegen vielzählige Bergwerksfelder für den Kiesabbau. Insgesamt 2.787 Hektar könnten maximal ausgebagert werden. Davon wären nicht nur die bereits betroffenen Ortschaften Altenau, Weinberge und Mühlberg, sondern weitreichend auch Koßdorf, Neuburxdorf, Burxdorf, Koslenzien, Fichtenberg, Schweditz, Borschütz und Köttlitz betroffen (Raumbelastungsstudie (RBS) 2016). Um die Anwohner der potenziell vom Abbau betroffenen Ortsteile zu informieren entschieden sich die Mitglieder der BI für eine Sternfahrt nach Altenau. Wie sich herausstellte, sollte auch diese Veranstaltung gut besucht und wieder ein Erfolg werden.

Gegen 10 Uhr am Samstagmorgen radelten die Gruppen in Begleitung von jeweils zwei fachkundigen Mitgliedern der BI entlang bereits ausgekiester oder zukünftiger Kiesabbauflächen. Je Gruppe waren etwa 10-15 Interessierte dabei. Unterwegs wurden anhand einer Karte die Ausmaße erläutert. Den verschiedenen Routen durch Europas größtes Kiesabbauggebiet entsprechend wurden Hinweise zum Stand der

Abbaupläne der Kiesfirmen gegeben. Dieses Ausmaß des Raubbaus ließ nicht nur die Beheimateten in Sorge fallen, ergreifend war es auch für die Berlinerin Liane: „Ich wohne hier zwar nicht, aber das alles macht mich sehr wütend und fassungslos!“. Am Rande machte sie ein Foto vom denkmalgeschützten Schweditz, welches vollständig dem Kiesabbau weichen soll. Das kurze Gespräch mit der Bewohnerin bleibt ganz sicher lebenslang in Erinnerung!

Angekommen in der Festhalle von Altenau stärkten sich alle erst einmal mit einem warmen Mittagessen aus der Gulaschkanone. Viele sind auch gleich mit dem Auto zum Treffpunkt gekommen. Die Besucher erwartete anschauliches Informationsmaterial. Eine Reihe sorgfältig vorbereiteter Informationstafeln zeigte unter verschiedenen Rubriken wie: „Kiesabbau – Narben in der Landschaft“, „Unsere Bedenken gegen den Kiesraubbau wurden durch die RBS bestätigt“ auf, wie es um das Kiesabbauggebiet steht. Weiterhin konnten sich die Besucher anhand eines 10 m langen Zeitstrahls über die Aktivitäten rund um den ‚Kampf gegen Goliath‘ ein Bild machen. Diese aufschlussreiche Dokumentation lässt die vergangenen 31 Monate voller Arbeit Revue passieren und motiviert zur Fortsetzung auf gleichem Niveau.

Gegen 13 Uhr leitete die Vereinsvorsitzende Sigrid Käseberg den informativen Nachmittag ein. Besonders freute sie sich über die Teilnahme der sächsischen Nachbarn. Denn an das brandenburgische Kiesabbauggebiet grenzen unmittelbar die riesigen Kiesgruben

in Staritz, Liebersee sowie Zeithain an. Weiterhin stellte sie die Frage in den Raum: „Wie viel Kiesabbau verträgt eine Region und was bleibt danach?“

Erstmalig lernen die Initiatoren die Abgeordnete Heide Schinowsky (Bündnis 90/Die Grünen) persönlich kennen. In Folge des Antrages der BVB/Freie Wähler Gruppe „Stopp dem Flächenraubbau in Mühlberg“ wurde auch sie, wie viele weitere Politiker des Brandenburger Parlamentes, auf die Problematik aufmerksam. Sie machte mit ihrer klaren Ansprache der Bevölkerung Mut und rief zum Weiterkämpfen auf: „Es ist wichtig, dass es Menschen gibt, die sich für ihre Heimat einsetzen und sich zu einer Bürgerinitiative zusammenschließen, denn sie sind die Experten vor Ort und kennen ihre Heimat besser als die weit entfernten Entscheidungsträger.“ Jörg Fabian (Ortsvorsteher von Altenau) lag es anschließend am Herzen klarzustellen, dass die Bürgerinitiative nicht die Lobbyisten der Agrarwirtschaft sind, sondern „Lobbyisten der Heimat!“. Offensichtlich traten im Dorf Unstimmigkeiten auf Grund einer „nicht abgestimmten Einzelaktion“ auf. Unbeirrt davon beschreibt er das Agieren der Bürgerinitiative im Gegensatz zu anderen lautstarken Initiativen passend mit den Worten: „Die gute fachliche Arbeit wird in den Ministerien und Fachbehörden gelobt und lässt Diskussionen auf Augenhöhe zu.“

„Die Fachleute in den Reihen der Bürgerinitiative waren aber nicht einfach so da, sie sind mit der Zeit erst gewachsen. Eine solche Fachfrau ist u. a. Frau Sonja Käseberg, die uns nun in

einem Vortrag die Hintergründe zum Kiesabbau erläutert“, so leitete Doreen Schöne, Moderatorin der Veranstaltung, den anschließenden Beitrag ein. Anhand einer PowerPoint Präsentation informierte Frau Käseberg über den Rekultivierungsstau, die zukünftigen Pläne der Kiesfirmen und das mögliche Betroffensein der Ortschaften. „Wir bemerken schon jetzt sinkende Grundwasserspiegel, nur die Betrachtung der Summationseffekte kann klären, ob im Mühlberger Raum überhaupt noch weitere Abbaufelder genehmigt werden können“, so Frau Käseberg. Die Bürgerinitiative nahm in der vergangenen Zeit, seit Bekanntmachung der riesigen Erweiterungspläne vor etwa 31 Monaten, sehr viele Möglichkeiten wahr um gegen den Raubbau an ihrer

Heimat vorzugehen. So zum Beispiel die Teilnahme an Vorstandssitzungen der Regionalplanung und politischen Gesprächen: „Wir sind zwar nicht ‚der Hebel‘, aber wir sitzen am Hebel“ verkündete Frau Käseberg und verwies auf die Erfolge, die sich langsam, aber sicher abzeichnen. Besonders hervorzuheben ist die Beschlussfassung im Juni 2017 zum Antrag der BVB/Freie Wähler Gruppe im Brandenburger Landtag, welcher im September 2015 von Frau Schülzke verfasst wurde. Darin werden sechs Punkte genannt, die die Kiesunternehmen in die Verantwortung für die Region nehmen, u. a. durch jährliche Kontrollen bis hin zur Stilllegung des Abbaus bei gravierenden Verstößen gegen die Auflagen.

Nach dieser Masse an Fachinformati-

onen konnten alle Beteiligten in sich gehen und den Ökumenischen Gottesdienst von Pater Alois Andelfinger und Frau Höppner Miech auf sich wirken lassen. Zum Nachdenken anregend verteilte die Pfarrerin eine Hand voll Erde mit einem Kerzenlicht auf den Tischen, denn so hieß es in einem gemeinsam gesungenen Lied: „Unsre Erde zu bewahren – zu bewahren das, was lebt, ...“. Besonders ergreifend dann der Moment, als die Beiden symbolisch zwei weiße Tauben in die Lüfte entließen. Diese rundum gelungene Veranstaltung fand bei Kaffee und Kuchen ihren Ausklang, begleitet von angenehmen und aufklärenden Gesprächen zum Thema.

■ Doreen Schöne

## Kampf um den Trottheidesee

Die Bürgerbewegung Trottheide e. V. stellt sich vor

### Der Müllskandal

Nahezu 60 „Tontagebaurestlöcher“, kurz Tonstiche genannt, bilden nördlich von Zehdenick (Kreis Oberhavel) eine ganz eigene reizvolle Naturlandschaft mit Wäldern, Auen und in der Regel sauberen Seen. Der größte von ihnen ist der, im Norden bei Tornow und Marienthal gelegene, Trottheidesee. Er wurde als Naturschutzgebiet mit der Norm „flora-fauna-habitat“ und als Vogelschutzgebiet hochgradig geschützt.

Trotzdem verkaufte ihn 1992 die Treuhand mit Sondergenehmigung von Matthias Platzeck an den Immobilienhändler Ulrich Pietrucha. Angeblich wollte dieser eine Ferienhaussiedlung auf der Halbinsel des Sees bauen lassen und gab vor, dafür Material zur Uferbefestigung des Sees anfahren lassen zu müssen. Daraus entwickelte sich von 1994 bis Mai 2006 das Betreiben einer illegalen Deponie. Pietrucha interessierte sich nicht für geeigneten zerkleinerten Bauschutt, den er noch hätte bezahlen müssen. Lastwagen fuhren stattdessen Tag und Nacht und brachten von abgebrochenen Gebäuden alles mit – Steine, Betonteile, Sanitäranlagen, Asbestplatten, Autoreifen. Der Tonstich wurde trotzdem nicht voller! Der Grund: Ein großer Teil wurde einfach neben dem



Im Jahr 2017 trägt die Stille

Foto: Christian Albrotschkeit

Tonstich deponiert. Es entstand ein Plateau. Dann erhöhte man mit dem Material einfach den Rand der Grube und pumpte gleichzeitig das Wasser aus dem Stich in das nahe gelegene Tornowfließ, von wo aus es in die Havel gelangte. Am nordwestlichen Ufer des Sees bot die etwa 70 m breite und 150 m lange Böschung nun Platz für letztlich 23.000 m<sup>3</sup> schadstoffbelasteten Müll, der hier ab 2003 angefahren wurde.

Im Frühjahr 2006 war für die Bürger in Tornow und Marienthal das Maß voll: Die zur Trottheidegrube fahrenden LKW brachten von der Müllsortieranlage Fürstenberg stinkenden Sondermüll

mit Abrieb von Recyclinganlagen, auch Klärschlamm und schließlich auch Krankenhausabfälle aus Limburg an der Lahn. Aus dem See war durch das Wasserabpumpen („Sümpfen“) ein kleiner Tümpel aus schwarzer stinkender Gülle geworden. Wenn der Wind entsprechend stand, konnte man nicht mehr die Fenster aufmachen. Die vier Biber vom Trottheidestich wurden tot aufgefunden und etwa 150 tote Fische aus dem Tornowfließ geholt. Das dem Wirtschaftsministerium unterstehende Bergamt (LBGR) hatte mit seiner Kontrolle völlig versagt, was sich die Bürger mit

guten Geschäftsbeziehungen zum Grubenbesitzer erklärten.

#### **Die Vereinsgründung**

Jetzt musste etwas passieren! Förster Günther Drangosch schlug Alarm in einem Zeitungsartikel. Ein von 17 Frauen der Kirchengemeinde unterschriebener Brief sorgte für den sofortigen Stopp des Stümpfens in das Fließ. Als dann ein LKW, der an der Grube andere Kennzeichen bekam und Tierkadaver abkippte, schalteten aus Tornow und Marienthal versammelte Bürger im Mai 2006 die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft ein. Grubenbesitzer Pietrucha wurde, nachdem die Kripo in 21 Schürfen massenhaften Sondermüll feststellte und etwa 50 Bürger in Potsdam eine Demo zum Wirtschaftsministerium veranstalteten, aufgefordert den Dreck auf dem Hang zu beräumen.

Am 10. Juni 2006 gründeten wir unseren Verein. Uns wurde klar, dass wir nur so gegen Pietrucha und seine Firma, aber auch gegenüber dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) Forderungen durchsetzen können.

#### **Verhängnisvolle Strategie des LBGR**

Leider wurde zwar im Juli die Böschung vom Müll beräumt (8000 m<sup>3</sup>), nicht aber der noch unten in der Grube im und am Wasser problematische Dreck. Pietrucha weigerte sich, seinen Baggerführer da arbeiten zu lassen. Mit Pontontechnik hätte er das gefahrenlos bewerkstelligen können. Ihm gesetzte Fristen ließ er verstreichen. Das LBGR hätte da am besten mit einer Ersatzvornahme handeln müssen, denn zusehends stieg durch den Druck der Grundwasserleiter der Trottheidesee wieder an. Ein vom LBGR veranlasstes Öffnen eines Dammes verschlimmerte noch die Situation, weil nun das Auskoffern der unter dem See befindlichen Schadstoffe unmöglich wurde. Offenbar wollte man sich im LBGR mit der Verdünnung der im See verbliebenen toxischen Stoffe schnell aus der Affäre ziehen. Als Verein korrespondierten wir mit dem vom LBGR beauftragten Ingenieurbüro Beerbalk, das uns bescheinigte, dass wir es am Seeboden mit einer tickenden Zeitbombe mit bis zu 200 Jahren Wirksamkeit zu tun haben. Die im Labor untersuchten Einlagerungen seien karzogen (krebserzeugend) und mutagen (erbutschädigend).

#### **Dynamik in der Bürgerbewegung**

Von Anbeginn bis heute hatte der Verein immer 60 bis 75 Mitglieder, davon ein Drittel Fördermitglieder, die nicht aus der Region sind. „Der Dreck muss raus!“ skandierten Vereinsmitglieder während der ersten Jahre immer wieder bei Zusammenkünften mit Politikern. Die damalige Erste Vorsitzende, Katrin Findeisen, sorgte mit ihren Leuten für reichlich Präsentation unseres Vereins, beispielsweise beim jährlichen Marienthaler Sommerfest. Es wurde mit ihr auch der Marienthaler Weihnachtsmarkt gegründet und jedes Jahr eine naturkundliche Wanderung organisiert. Um die Anerkennung der Gemeinnützigkeit zu erhalten, mussten wir uns allerdings nach 2010 aus dem mehr volksfestlichen Engagement zurückziehen und zweckgebunden nur noch für den Naturschutz arbeiten. Wieder zeigten wir Flagge (Transparente), als 2010 der so genannte Trottheideprozess am Landgericht Neuruppin begann, der erst im Juni 2011 nach vielen Verhandlungen mit der Urteilsfindung endete. Der Geschäftsführer der Fürstenberger Müllsortieranlage, Laurent Schulz, wurde zu zwei Jahren und vier Monaten und der Pächter von Ulrich Pietrucha, Andreas Riebe, zu drei Jahren Gefängnis wegen schwerer Umweltvergehen verurteilt. Ulrich Pietrucha trat im Prozess übrigens nur als Zeuge auf und beklagte sich dabei als armes Opfer.

Mit der Neuwahl auf der MV vom 13.11.2010 kam mit mir auch Dr. Hans Sandler in den Vereinsvorstand. Er verfügte über beste politische Kontakte, insbesondere zum Landtag, und Erfahrungen in Sachen Diplomatie. Wir verfassten mit ihm eine an den Landtagsausschuss gerichtete Petition, die in Anschließerkklärungen von 125 Bürgern unterstützt wurde. Die Trinkwassergefährdung und Gefährdung von Flora und Fauna durch die noch am Seeboden eingelagerten toxischen Schadstoffe wollten wir nicht hinnehmen und verlangten eine Lösung. Wenn im Winter der Trottheidesee weitestgehend zufriert, geschieht dieses nach wie vor nicht über den Schadstoffeintragen. Hier sieht man auch noch immer bei Windstille eine Blasenbildung, die auf Fäulnisprozesse organischen Mülls

hinweist.

#### **Verhandlungen mit viel Geduld**

Das für die Tongrube noch längerfristig zuständige Bergamt mit Sitz in Cottbus musste von uns immer wieder aufgesucht werden, um befriedigende Lösungen für die Trottheide zu finden. Das vom Amt eingerichtete Monitoringprogramm, bei dem nur rund um das Gewässer herum mittels Brunnenrohre vierteljährlich die Fließrichtung und Wasserqualität der mittleren und unteren Grundwasserleiter kontrolliert wird, reicht nicht für eine notwendige wissenschaftliche Gefährdungsabschätzung hinsichtlich des Wasserkörpers aus, die auch für alle weiteren teuren Aktionen zur Renaturierung der Trottheide erforderlich gewesen ist. Hierzu entwickelte Prof. Dr. Schüürmann vom Umweltforschungszentrum in Leipzig geeignete Maßstäbe. Der voraussichtliche Preis hierfür: mindestens 140.000 €. Wir konnten eine solche Finanzierung nur vom Wirtschaftsministerium erwarten und bekamen nach vielen Verhandlungen mit Minister Christoffers 2014 endlich die entsprechende Zusage. Pech war nur, dass 2014 die vielfältigen Untersuchungen nicht mehr rechtzeitig beginnen konnten.

Würden die Mittel, weil 2015 mit dem neuen Minister Albrecht auch ein neues Haushaltsjahr begann, nun verfallen? Erst sah das so aus. Dr. Sandler gelang es am Ende durch Verhandlungen, doch noch über einen Nachtragshaushalt die Mittelzusage zu bekommen.

#### **Die große wissenschaftlich fundierte Untersuchung des Sees**

Die Proben zur Gewässeruntersuchung, mit der das IWB Dresden beauftragt wurde, wurden allerdings erst im Herbst und zu Beginn des Winters 2015 genommen. Bei der Vorstellung der Untersuchungsergebnisse auf einer Bürgerversammlung im April 2016, später auch noch durch eine 150-seitige Dokumentierung zeigte sich, dass unser See vielfach vermessen, beprobt und die Ergebnisse auch gründlich ausgewertet worden waren. Nur die Einsetzung von so genannten Passivsammlern war unbrauchbar (zu kurzer Zeitraum in zu kalter Jahreszeit mit untauglichem Material). Mit Dr. Paschke vom UFZ Leipzig, mit Dr. Uhlmann vom IWB Dresden und dem

LBGR konnten wir eine Neuauflage der Passivsammlerproben erreichen. Die Untersuchung der sich über ein Vierteljahr im Wasser befindlichen Folien, die sich mit Mikroschadstoffen anreichern sollten, ist derzeit noch im Gange und wird im Februar 2018 in Marienthal vorgestellt. Wir

werden dann unsere Vereinsziele neu diskutieren und festlegen. Ich gehe davon aus, dass der Trottheidesee jetzt nicht mehr ein Millionen Euro teures Abpumpen und ein Auskoffern der noch belastenden 8500 m<sup>3</sup> erleben wird, jedoch eine noch jahrzehntelange Kontrolle durch ein inzwischen schon

verändertes Monitoring: Probenahmen an repräsentativen Stellen insbesondere im Wasserkörper.

Zusammen mit der Grünen Liga Brandenburg wird der Verein sich weiterhin für den Naturschutz unserer Region einsetzen.

■ Christian Albroschheit

## Der Wolf in Brandenburg

### Ein Interview mit Wolfsfachmann Peter Peuker

In Brandenburg treten zunehmend Probleme mit dem Wolf auf. Landwirte vermelden Übergriffe auf ihre Herdentiere und es wird schon vom „Lupus non grata“, dem ungewollten Wolf gesprochen. Jäger beschwerten sich, die Wölfe würden ihnen „den ganzen Wald leer fressen“ und fordern, dass der Wolf in das Jagdgesetz übernommen werden soll. Die unteren Naturschutzbehörden sind mit den Fragestellungen zum Thema Wolf komplett ausgelastet und fordern deshalb vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) einen Handlungsrahmen. Dieser soll durch den Entwurf einer „Brandenburgischen Wolfsverordnung“ (BbgWolfV) definiert werden. Diese Wolfsverordnung ermöglicht es, dass es unter bestimmten Bedingungen auch zum Abschuss von Wölfen oder sogar Wolfsrudeln kommen kann.

Der ausgebildete Forstwirt, studierte Agrarwissenschaftler und ehrenamtliche Wolfsbeauftragte, Peter Peuker hat uns hierzu einige Fragen beantwortet, welche noch immer Kontroversen aufwerfen:

**Denken Sie, dass durch diese Verordnung der günstige Erhaltungszustand, welcher nach EU-Recht definiert ist, beeinträchtigt werden könnte?**

Peuker: Die Rückkehr der Wölfe nach Deutschland kann bisher als ein großer Erfolg des Artenschutzes bewertet werden. Im Jahr 2000 hatten wir die erste nachgewiesene Reproduktion von Wölfen seit weit mehr als 100 Jahren im Land. Mit dem Wolfsjahr 2016/2017 gibt es in Deutschland 60 Wolfsrudel, 13 Wolfspaare und drei territoriale Einzeltiere. Vergleicht man das beispielsweise mit den aktuellen Monitoringzahlen aus Schweden mit 34 Rudeln und 19 Paaren und bezieht in die Betrachtung

noch die Größe der geeigneten Lebensräume dort ein, bekommt die Entwicklung in Deutschland noch einmal eine besondere Beachtung, finde ich.

Die Entwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die „Zentraleuropäische Wolfspopulation“, die sich über Westpolen und Deutschland erstreckt, bisher den „günstigen Erhaltungszustand“ von 1000 adulten Wölfen nach der Naturschutz-Richtlinie der EU nicht erreicht hat. Um zu diesem Zustand zu gelangen, wären mindestens 330 Rudel in den beiden Ländern erforderlich, das sind 660 adulte Wölfe, der Rest, ca. 1/3 der adulten Wölfe der Population, würde dann dort in Paaren bzw. als Einzeltiere vorkommen. Damit ist klar, dass jeder getötete Wolf fehlt, um zu einem günstigen Erhaltungszustand zu gelangen. Seit 1990 wurden 218 tote Wölfe in Deutschland dokumentiert. Die Hauptursache sind Verkehrsunfälle mit 150 Tieren, gefolgt von festgestellten illegalen Tötungen mit 32 Tieren. Es wäre eine Spekulation Zahlen zu nennen, die die zukünftige Entnahme von Wölfen auf der Basis der Brandenburgischen Wolfsverordnung betreffen. Das A und O bei der Konfliktbewältigung ist die Prävention vor Nutztierübergriffen, d. h. die flächendeckende Durchsetzung der Mindeststandards zum Schutz von Weidetieren vor Wolfsübergriffen, um den Abschuss von Wölfen zu vermeiden. Nach dem zweiten Entwurf der Wolfsverordnung ist im § 8, Absatz 3 die Fachbehörde für Naturschutz und Landschaftspflege außerdem in der Verantwortung darüber zu wachen, dass es durch Ausnahmeregelungen zu keiner Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Population kommen darf bzw. die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes nicht behindert wird.

**Halten Sie die Bedenken, der brandenburgischen Jäger, dass der Wolf den Beruf und das Hobby Jagd zum Aussterben verdammen würde, für begründet?**

Peuker: Die jährlich von der obersten Jagdbehörde Brandenburgs veröffentlichten Zahlen der Jagdstrecken sind diesbezüglich eindeutige Fakten. Im Wolfsjahr 2009/2010 gab es in Brandenburg ein Wolfsrudel und zwei Wolfspaare. Im selben Zeitraum wurden in Brandenburg 72.474 Rehe, 9.267 Rothirsche und 60.640 Wildschweine geschossen. Diese Schalenwildarten sind, basierend auf den Nahrungsanalysen aus dem Kot von Wölfen, deren hauptsächliche Beutetiere. Sieben Jahre später, im Wolfsjahr 2016/2017 sind in Brandenburg durch das Monitoring 22 Wolfsrudel und 3 Wolfspaare nachgewiesen worden. In derselben Periode lag die Jagdstrecke bei 68.550 Rehen, 10.667 Rothirschen und 76.512 Wildschweinen. Offensichtlich spiegelt sich der Einfluss des Wolfs in den Jagdstrecken dieser Wildarten nicht wieder. Das bedeutet nicht, dass der Wolf keinen Einfluss auf die Schalenwildbestände hat. Ein Beispiel dafür ist das Muffelwild, das keine gemeinsame Evolutionsgeschichte mit dem Wolf hat. Durch sein Fluchtverhalten wird es eine leichte Beute und die Bestände gehen, dort wo Wölfe sich etabliert haben, stark zurück. Nach einem Berechnungsmodell des Wildbiologen Ulrich Wotschikowsky, das auf der Nahrungsökologie der Wölfe basiert, beträgt die Entnahme durch die Wölfe im Mittel ca. 2,3 Stück Schalenwild je 100 Hektar Jagdfläche. Nach Wildarten aufgeschlüsselt sind das sind 1,7 Rehe, 0,2 Rothirsche und 0,4 Wildschweine. In Anbetracht der hohen Wildbestände und Jagdstrecken, sollten Jäger damit „gut leben“ können, meine ich.

Jens Schreinicke, Wolfsbeauftragter des Landesbauernverbandes Brandenburg, sagte, bezogen auf die Frage, wie denn der Umgang mit dem Wolf funktionieren könnte, folgendes: „[Die Menschen in Schweden und Finnland] sagen uns, wie es funktionieren kann. Und diese Methoden müssten wir hier auf Brandenburg und auch auf Deutschland übertragen.“. Mit dieser Aussage berief er sich auf die Praktiken der Lizenzjagd/Schutzjagd.

**Wie ist es möglich, dass ein Land wie Schweden die Bestände des durch EU-Recht geschützten Wolfs durch Lizenz- und Schutzjagden reguliert?**

Peuker: In Schweden hat man den „günstigen Erhaltungszustand“ mit 300 Wolfsindividuen unter der Voraussetzung für sich definiert, dass alle fünf Jahre ein Wolf aus der benachbarten Population einwandert. Damit weichen die Schweden ganz entschieden von der Naturschutz-Richtlinie der EU mit 1000 adulten Wölfen für einen günstigen Erhaltungszustand der Population ab. Die Festlegung, dass alle fünf Jahre ein Wolf von außen einwandern soll, begründet sich auf der stark von Inzucht betroffenen skandinavischen Wolfspopulation, deren Gene von fünf Wölfen abstammen. Die festgelegte Zahl von 300 Wolfsindividuen bildet eine der Grundlagen, dass jährlich Lizenzjagden und Schutzjagden stattfinden und Berufungen von Naturschutzverbänden gegen die Jagdbeschlüsse von den gerichtlichen Instanzen abgewiesen werden. Meines Erachtens ist hier die EU gefragt, um bestehendes Recht beim

Mitglied Schweden durchzusetzen. Im Erfassungszeitraum 1. Oktober 2016 bis 31. März 2017 geht man davon aus, dass es 355 Wölfe in Schweden gegeben hat. Im gleichen Zeitraum wurden im Land 44 tote Wölfe erfasst. 25 Wölfe wurden im Rahmen der Lizenzjagd im Januar 2017 und 12 bei Schutzjagden abgeschossen, drei Wölfe starben im Verkehr, drei durch Krankheiten und einer wurde wahrscheinlich von einem anderen Wolf tot gebissen. Diese toten Wölfe müssen von den 355 erfassten Tieren abgezogen werden, um auf den Bestand zum Stichtag 31. März 2017 zu kommen. Das sind die offiziellen Zahlen.

Die Naturschutzorganisation Svenska Rovdjursföreningen (Schwedischer Raubtierversand) ist der Auffassung, dass die tatsächliche Zahl der Wölfe im Land deutlich unter 300 Tieren liegt. Gestützt wird diese Position durch genetische Untersuchungen. Das Ergebnis der Genetik ergab nur 316 nachgewiesene unterschiedliche Wolfsindividuen im Erfassungszeitraum. Werden die erfassten 44 toten Wölfe davon abgezogen, kommt man auf 272 Tiere.

**Welche Probleme würden Sie als Fachmann darin sehen, wenn das schwedische System hier in Brandenburg übernommen werden würde?**

Peuker: Das schwedische System verstößt ganz klar gegen geltendes Recht der Europäischen Union, um wild lebende Arten, deren Lebensräume und die europaweite Vernetzung dieser Lebensräume zu schützen und zu sichern. Ganz aktuell hat der EU-Ag-

rarkommissar Phil Hogan vor wenigen Tagen festgestellt, dass der Schutzstatus des Wolfs nicht geändert werden soll. Und das ist gut so! Darum darf Brandenburg dieses System nicht übernehmen, sondern muss einen eigenen Weg bei der Konfliktbewältigung gehen.

Das Interview führte

■ Matthes Koellmann



Peter Peuker

Foto: Karin Simke

**Kurzbiografie:**

Geboren im Jahr 1963. Arbeitet als Forstwirt und hat ein abgeschlossenes Studium der Agrarwissenschaften und der Pädagogik an der Humboldt-Universität Berlin. Peter Peuker ist seit mehreren Jahren im Wolfsmonitoring in Ostbrandenburg tätig und kommt auch als Wolfsbeauftragter zum Einsatz. Seit 36 Jahren geht er auch der Jagd nach. Er ist zusätzlich der Betreiber der Website AmarokTV.de, auf der sich Interessierte über den Wolf, unter anderem in Skandinavien informieren können. Zu finden ist AmarokTV unter: [www.amaroktv.de](http://www.amaroktv.de)

## Die Spree leidet weiterhin unter Tagebaufolgen

Ein Bericht des Aktionsbündnisses Klare Spree e. V.

Neben den direkten Schäden des Kohleabbaus in der Lausitz mit der Vernichtung von Landschaften, der Vertreibung von Menschen, der Zerstörung der Hydrologie ganzer Regionen und der Klimaschädigung kommt es nach der Stilllegung von Tagebauen auch zu einer ganzen Reihe von Folgeschäden. Das sind u. a. Rutschungen von Kippen, Vernässung von Wohn- und Gewerbegebieten, Versauerung entstehender Restseen und der Austritt von Eisen und Sulfat nach dem Wiederanstieg des

Grundwassers. Der Weiterbetrieb von Tagebauen verschärft und verlängert deren Folgen.

**Welche Auswirkungen haben hohe Eisen- und Sulfatgehalte?**

Die ökologische Wirkung von Eisen und Eisenhydroxid ist verheerend – freies Eisen wirkt toxisch. Verockerung verschlechtert die Lebensbedingungen durch Trübung des Wassers und Sedimentation von Schlamm am Gewässergrund. Er überdeckt die Flora und organische Stoffe. Eine Photosynthese findet nicht mehr statt,

Pflanzenreste werden von Gamariden nicht mehr erreicht. Bachflohkrebsse als Nahrungsgrundlage für Fische fehlen. Weite Strecken der bisher als Laichhabitat dienenden Zuflüsse sind inzwischen ökologisch tot. Für alle von Fischen abhängigen Arten wie Fischotter und Eisvögel schwinden die Lebensgrundlagen.

Eisen wird ab einer Konzentration von 2,5 mg/l mit einer Braunfärbung sichtbar und beginnt sich als Eisenhydroxidschlamm (EHS) abzusetzen. Die EHS-Belastung von

Spreewaldfließen war 2012 so hoch, dass sogar der Kahnfährlafen Ragow total verschlammte, Boote färbten sich braun, Bauern konnten Gemüsefelder nicht beregnen, Anwohner, Touristen und die Biosphärenreservatsleitung zeigten sich zunehmend besorgt.

Inwieweit hohe Sulfatwerte Einfluss auf die Wasserökologie haben ist umstritten. Nach derzeitigen Befunden der Wissenschaft scheint ein hoher Sulfatwert nicht fischtoxisch zu sein. An wasserbaulichen Anlagen kann der sogenannte Betonkrebs Schäden verursachen. In Trinkwasser- und Abwassernetzen tritt verstärkte Korrosion ein.

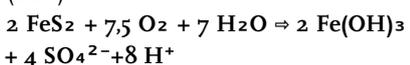
**Welche Grenzwerte sind einzuhalten?**

Nach der Trinkwasserverordnung ist für Sulfat ein Grenzwert von 250 mg/l vorgeschrieben.

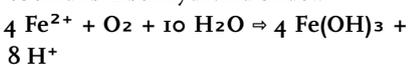
Für Eisen bestehen direkt keine Grenzwerte. Eisen darf aber die biologische Wasserqualität nicht negativ beeinflussen. Die toxische Wirkung von Eisen und niedrige pH-Werte haben aber enorme ökologische Auswirkungen. Die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) definiert ein Verschlechterungsverbot. Abweichungen von gewässerrelevanten Vorhaben werden nur noch über Ausnahmen realisierbar. Die Oberflächengewässerverordnung (OGewV) gibt als Grenzwert für einen guten ökologischen Zustand  $\leq 1,8$  mg/l vor.

**Woher kommen Eisen und Sulfat in der Spree?**

In den Böden der Lausitz lagert viel Pyrit (FeS<sub>2</sub>), auch Katzensgold, Narrengold, Schwefelkies oder Eisenkies genannt. Mit der Grundwasserabsenkung zur Kohlegewinnung kommt Sauerstoff an das Pyrit. Bei Anwesenheit von Sauerstoff verwittert Pyrit zu Eisenhydroxid [Fe(OH)<sub>3</sub>], und Sulfat (SO<sub>4</sub>):



Die Grubenwässer enthalten darüber hinaus gelöstes Eisen [Fe(II)], das bei Eintritt in die Oberflächengewässer ebenfalls Eisenhydroxid bildet:



Solange die Abraumassen, aber auch alle anderen grundwasserabgesenkten Böden, trocken liegen passiert zunächst gar nichts. Wenn Wasser nach der

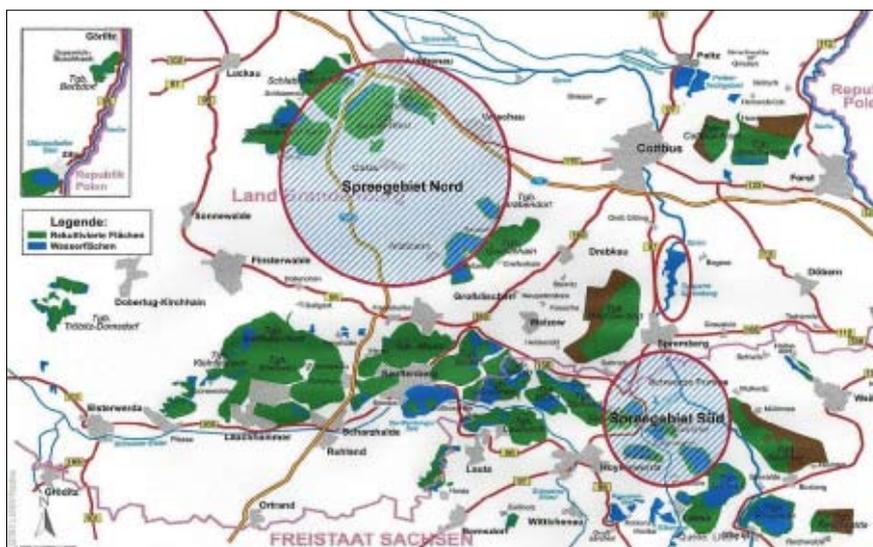
Schließung von Tagebauen an die Oberfläche gelangt, beginnt der Prozess der Versauerung und des Austritts von Eisen und Sulfat. Dass geschieht in den entstehenden Restseen und überall da, wo Wasser nach dem Grundwasseranstieg in die Flüsse austritt.

**Wie können Eisen und Sulfat eliminiert werden?**

Eisen oxidiert bei Eintritt in Oberflächengewässer zu Eisenhydroxid und setzt sich als EHS ab. Wie schnell dieser Vorgang abläuft, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Sauerstoff wird benötigt, der damit auch dem Wasser entzogen wird. Den größten Einfluss haben aber Wassertemperatur und besonders der pH-Wert. Erst bei neutralen pH-Werten bildet sich Eisenhydroxid, das dann in feinen

Das hoch belastete Grubenwasser wird lediglich mit einer aufwendigen Steuerung der verschiedenen Zuflüsse zur Spree verdünnt. Diese Aufgabe hat die Flutungszentrale der LMBV übernommen. Für den Pegel Wilhelmstal bei Spremberg ist ein Grenzwert von 450 mg/l definiert. Bei Einhaltung dieses Wertes reduziert sich der Sulfatgehalt bis zu den Entnahmestellen für die Wasserwerke in Briesen und Friedrichshagen in der Regel auf  $\leq 250$  mg/l.

In den letzten trockenen Sommern wurde dieser Grenzwert jedoch wiederholt überschritten. Deswegen leitet die LEAG einen Teil der Grubenwässer in die Neiße um und versickert Wasser auf Bergbaufolgefächern. Von einer neuen Sulfatstudie werden Lösungen für die Zukunft erwartet.



Betrachtungsgebiete

Quelle: LMBV mbH

Flocken ausfällt.

Um einen ausreichend hohen pH-Wert zu erreichen, wird dem Wasser Kalk und der Spree vor der Talsperre Spremberg zusätzlich ein Flockungshilfsmittel zugeführt. Bei einer Verweilzeit von sechs Tagen in den Absetzbecken oder Gewässern, die als Absetzbecken dienen, setzt sich das Eisenhydroxid als Schlamm ab. Für eine Quellenbehandlung können z. B. sogenannte „Wetlands“ angelegt werden. In solchen künstlich angelegten Feuchtgebieten wird das Eisen auf natürliche Weise gebunden.

Der höchste Sulfateintrag mit etwa 65 % stammt aus den aktiven Tagebauen der LEAG. Für eine Sulfatausfällung existiert kein praktikables Verfahren.

**Problemgebiete der Eisen- und Sulfatbelastung**

Für die Spree und viele Nebenflüsse sind drei Gebiete von der Eisenbelastung betroffen. Der hohe Sulfateintrag in die Spree wirkt bis nach Berlin.

Im Südgebiet gelangen aus Sachsen die höchsten Mengen an Eisen und Sulfat in die Spree. In Spremberg können täglich bis zu 8.000 kg Eisen bei einer Konzentration von 9 mg/l durchfließen – die Sulfatwerte betragen um 450 mg/l. Hier gingen dieses Jahr die ersten Brunnengalerien in Betrieb, die an Hotspots anströmendes Grubenwasser abpumpen und Reinigungsanlagen zuführen. Eine sichtbare Verbesserung ist damit bisher nicht eingetreten. Erhebliche Anstrengungen bis hin zum



Talsperre Spremberg 2013

Foto: Rauhut

Bau von Dichtwänden sind notwendig, um den Zielwert von 1,8 mg/l zu erreichen. Das wird allerdings noch Jahre in Anspruch nehmen. Alle bisher geplanten Maßnahmen bis 2022 reduzieren den Eiseneintrag bestenfalls um die Hälfte.

Vor der Talsperre Spremberg werden seit 2015 Kalk und Flockungshilfsmittel in die Spree gegeben, damit sich freies Eisen in der Talsperre zu Eisenhydroxid wandelt und sich möglichst viel davon in der Vorsperre absetzt.

In der Talsperre Spremberg, die als Flusskläranlage fungiert, lagert sich EHS in Vor- und Hauptsperre ab. Die Vorsperre muss künftig kontinuierlich beräumt werden. Zurzeit ist mit 150.000 m<sup>3</sup> die Hälfte des Vorsperrenvolumens mit Schlamm gefüllt. Bis zu 45 % des Eisenhydroxid setzen sich trotz der Einbringung von Kalk und Flockungshilfsmitteln nicht in der Vorsperre, sondern erst in der Hauptsperre ab. Nach Auffassung des Aktionsbündnis Klare Spree tickt hier eine ökologische Zeitbombe. Wir befürchten, dass bei einem Hochwasser große Mengen an EHS mobilisiert und ausgetragen werden. Der EHS würde dann das Biosphärenreservat Spreewald gefährden, wo sich der Schlamm auf Grund geringer Fließgeschwindigkeiten absetzen würde.

Im Nordgebiet strömen über die südlichen Zuflüsse hoch belastete Wasser direkt dem Oberspreewald zu. Für den Spreewald wurde eine Barriere definiert, an der der Eisengehalt auf weniger als 3 mg/l reduziert werden soll. Um das zu erreichen, wurden seit 2013 Sofortmaßnahmen eingeleitet. An

den ca. 80 km Fließgewässern wurden unterschiedliche Projekte realisiert. Einige Fließe wurden ausgebaggert. Damit wurde, wie am Greifenhainer Fließ, erreicht, dass sich der EHS vor dem Spreewald absetzt. Allerdings funktioniert das nur so lange, bis der geschaffene Absetzraum wieder mit EHS gefüllt ist. Am Vetschauer Mühlenfließ und dem Eichower Fließ wurden Wasserreinigungsanlagen reaktiviert oder neu errichtet. Diese Maßnahmen schützen zwar das Biosphärenreservat vor EHS, allerdings bleiben die Zuflüsse bisher unbehandelt. Sie sind quasi ökologisch tot. Dort existieren keine Wasserpflanzen mehr und keine Fischnahrungstiere wie Bachflohkrebse.

Um die hohe Belastung an Eisen von bis zu 190 mg/l aus dem Schlabendorfer See zu reduzieren, wurde der Wasserstand abgesenkt und ein Bekalkungsschiff bringt kontinuierlich Kalk aus. Das geschieht, um den pH-Wert von etwa 3 auf über 6 anzuheben. Dadurch setzt sich EHS im See ab, wodurch das ausgeleitete Wasser die anschließenden Fließe erheblich weniger belastet. Welche Auswirkungen die großen Mengen von EHS und Carbonaten langfristig auf den See selbst haben, ist bisher nicht ausreichend untersucht.

#### **Aktionsbündnis Klare Spree e. V. (ABKS)**

Das Aktionsbündnis gründete sich im Jahre 2012, als die Verockerung der Spree und vieler Spreewaldzuflüsse bedrohliche Ausmaße annahm und bis dahin weder die Behörden noch die LMBV das Ausmaß erkannt und keinerlei Gegenmaßnahmen eingeleitet

hatten. Mitglieder im ABKS sind alle von der Verockerung Betroffenen, also Touristiker, Landwirte, Fischer, Angler, das Biosphärenreservat Spreewald, die Sielmannstiftung, Naturschützer und viele Kommunen.

Der vom ABKS ausgehende Druck auf Politik, Behörden und Bergbauunternehmen führte zu Sofortmaßnahmen zum Schutz des Biosphärenreservates Spreewald und zur Bildung einer „Arbeitsgruppe Bergbaubedingte Stoffeinträge“ unter Leitung des Präsidenten des Landesbergamtes Brandenburg. Der Landtag Brandenburg fordert die Erstellung eines Strategischen Gesamtplanes bis Ende 2018. Diesersowie die ebenfalls ausstehende Sulfatstudie und das Entsorgungskonzept für den EHS stehen aber noch aus.

#### **Forderungen des ABKS und von Umweltverbänden:**

- Eine klare Spree von der Quelle bis zur Mündung
- Dies umfasst die Wiederherstellung der Wasserqualität vor der bergbaubedingten Beeinträchtigung und nach der WRRL
- Erstellung eines langfristigen und verbindlichen Sanierungsplanes (strategisches Gesamtkonzept) mit der Festlegung von Grenzwerten
- Ausbau der Zusammenarbeit der Länder Sachsen und Brandenburg sowie Bereitstellung finanzieller Mittel im Rahmen von Bund-Länder-Abkommen
- Stärkere Einbindung von Forschungseinrichtungen
- Errichtung von Dichtwänden im Südraum
- Kontinuierliche Beräumung von Vor- und Hauptbecken der Talsperre Spremberg
- Quellenbehandlung an den Zuflüssen der Spree, damit diese wieder ihre ökologisch wichtige Funktion für den Spreewald leisten können
- Keine Einleitung von EHS in intakte Gewässer
- Die Sulfatbelastung der Spree darf für das Trinkwasser den Grenzwert von 250 mg/l nicht überschreiten
- Die Bildung von zweckgebundenen Rückstellungen von der LEAG für die künftige Sanierung und jahrzehntelange Nachsorge stillzulegender Tagebaue ist zu gewährleisten

■ Winfried Böhmer

# Nachhaltigkeitsstrategie: Handlungsplan oder Wunschvorstellung?



1. Jahrestagung des RENN.mitte

Foto: André Wagenzik -Bildrechte: Rat für Nachhaltige Entwicklung

Vom 17. bis zum 18.11.2017 fand die 1. Jahrestagung, der Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien Mitteldeutschlands, (RENN.mitte) in der Kalkscheune Berlin statt. Die vier Netzstellen Deutschlands (Nord, Mitte, West, Süd), wurden 2016 von der Bundesregierung einberufen und werden vorerst bis 2021 gefördert. Mit insgesamt 20 durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) ausgewählten Partnern soll so ein Austausch aller Akteure ermöglicht und vereinfacht werden. Das übergeordnete Ziel besteht darin, dass die zahlreichen Organisationen, Initiativen, Gemeinden sowie einzelne Engagierte, welche für eine zukunftsfähige Sozialstruktur, Wirtschaft und Umwelt kämpfen, verknüpft werden, um so die Handlungsspielräume der Einzelnen zu stärken.

Die sogenannte RENN-Stelle Mitte wird durch „Zukunftsfähiges Thüringen e. V.“ koordiniert und ist somit zuständig für die Länder Brandenburg, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Als Partner fungieren hier die Vereine Berlin 21 e. V., Brandenburg 21 e. V., CivixX-Werkstatt für Zivilgesellschaft (Sachsen) und Netzwerk Zukunft Sachsen Anhalt e. V. Diese stehen stellvertretend für das gemeinschaftliche Bemühen der Zivilgesellschaft, den Zielen der Agenda 2030, abgestimmt auf regionale

Umstände, so nah wie möglich zu rücken. Brandenburg hat neben dem nationalen Zielsystem eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie formuliert so wie auch elf weitere Bundesländer.

Das Erreichen der geplanten Ergebnisse bis 2030 ist jedoch derzeit leider nicht absehbar. Folglich stellt sich die Frage, wodurch den nachfolgenden Generationen ein ökologisch, ökonomisch und sozial gesichertes Leben ermöglicht werden kann. Eine ausgeweitete Vernetzung und die daraus resultierende Effektivitätssteigerung zivilgesellschaftlicher Akteure trägt momentan einen wesentlichen Anteil der Nachhaltigkeitsbewegung. Trotz des wachsenden gesellschaftlichen Bewusstseins und Willens, die langfristigen Folgen der eigenen Lebensumstände zu hinterfragen, wird der Mangel zielführender politischer Vorgaben zunehmend deutlicher. Die drängende Erforderlichkeit einer Restrukturierung des bestehenden Maßnahmenplans ist wohl der Punkt, bei dem die größte Einigkeit besteht. Verschiedenste Interessengruppen lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebenen sind zu berücksichtigen, wodurch sich eine übergeordnete Regelung als äußerst kompliziert erweist. Dennoch ist eine klare zumindest bundesweite Verteilung der Aufgaben notwendig, um aus Zielen, die momentan noch einer

Wunschvorstellung gleichen, einen umfassenden Handlungsplan mit konkreten Maßnahmen entstehen zu lassen. Deutlich ist vor allem, wie komplex sich die Übertragung nationaler Richtlinien und Gesetze auf regionale Anforderungen und Voraussetzungen gestaltet. So können die bis 2030 gesetzten Ziele zwar bundesweit beschlossen und anhand der Indikatoren gemessen werden, die Umsetzung liegt in den meisten Fällen jedoch bei den Städten und Kommunen. Für die Umsetzung eines obligatorischen Handlungsrahmens müssen also Anreize geschaffen werden, um nachhaltige Beschlüsse gegen mögliche wirtschaftliche Einbußen durchzusetzen. Da die meisten Kommunen Brandenburgs einen demografischen Wandel erfahren, sollten hier die Schwerpunkte auf die Ausweitung der Infrastruktur (ÖPNV, Breitbandnetz, Kindergärten u. v. m.) sowie die Attraktivitätssteigerung der Bildungsangebote gelegt werden. Außerdem sollten Konsequenzen vereinbart werden, welche im Falle von Entscheidungen mit langfristigen negativen Auswirkungen auf die Zielerfüllung von unterschiedlichen Akteuren getragen werden. Hierbei stellt sich selbstverständlich die Frage, wer auf regionaler sowie überregionaler Ebene die Verantwortlichkeit für das Erreichen der „Sustainable Development Goals“ (=SDG's, zu deutsch Nachhaltigkeitsziele) – der Agenda 2030 – tragen soll. Zwar können Gemeinden auf erneuerbare Energien setzen, Ökosysteme an Land und im Wasser schützen, hochwertige Bildung fördern und sogar Maßnahmen gegen wachsende Armut sowie Ungleichheit erweitern, jedoch sind die finanziellen Mittel und personellen Kapazitäten besonders in Brandenburg sehr begrenzt. Schlussendlich können wirkungsvolle Veränderungen zunächst nur politisch und somit gesetzlich verankert werden. Im Endeffekt sind auch große Konzerne wesentlich stärker zu Rechenschaft zu ziehen und in Ihrem Handeln zu globaler Nachhaltigkeit zu verpflichten.

Folglich ist es an der Bundes- sowie Landesregierung, für das Erreichen der Ziele konkrete Maßnahmen verbindlich festzulegen. Nachhaltigkeit wird

offenbar weder durch die zahlreichen Veranstaltungen, Konferenzen oder Wettbewerbe mit dazugehörigen Preisgeldern noch durch die

zuständigen Ministerien ausreichend wertgeschätzt.

■ Rebekka Roch

## Der Berliner Atomforschungsreaktor BER II

**Helmholtz-Zentrum Berlin (HZB) bietet „einvernehmlichen Rückbauprozess“ nach Vorbild Geesthacht**

Dirk Seifert ist Mitglied des BUND Hamburg und der Begleitgruppe HZG(Helmholtz-Zentrum Geesthacht)-Dialog, sowie Autor eines Blogs (umweltFAIRaendern.de). Sein Artikel vom 16. Oktober 2017 berichtet über die ersten Ansätze des HZB im Rückbauprozess des Forschungsreaktors BER II:

Ende 2019 soll der Berliner Atomforschungsreaktor BER II endgültig stillgelegt werden. Bereits im April hat das Helmholtz-Zentrum Berlin (HZB) den Antrag auf Stilllegung gestellt. In einer öffentlichen Einladung an „sämtliche Haushalte“ per Postwurfsendung (10.000 Stück) lädt jetzt das HZB zu einem Dialog ein, der einen „einvernehmlichen Rückbauprozess“ erreichen will: „Vorbild für den langfristig angelegten Dialogprozess, den wir initiieren möchten, ist das Verfahren, das vom Helmholtz-Zentrum Geesthacht für den Rückbau seiner kerntechnischen Anlagen etabliert worden ist. An diesem Dialog beteiligen sich seit 2012 u.a. Anwohnende, Kommunalpolitikerinnen und -politiker aller im Stadtrat von Geesthacht vertretenen Fraktionen sowie Umweltverbände und regionale Anti-Atom-Initiativen. Dort wird sehr offen und transparent über alle Fragen, die den Rückbau betreffen, gesprochen.“ Am 21. November sollte per Veranstaltung über das Projekt informiert werden. Eine Diskussion, wie ein Stilllegungsverfahren mit konsensorientiertem Dialog aussehen kann, ist sicherlich spannend, geht dieses Angebot von BER doch erstmal über das hinaus, was Atomkonzerne und Behörden sonst bieten. Doch der Berliner Forschungsreaktor ist sicherlich nicht einfach mit der Situation rund um den Forschungsreaktor in Geesthacht, ehemals als GKSS bekannt, vergleichbar, wo seit 2012 ein auch aus Sicht von Anti-Atom-Gruppen positiver

Prozess stattfindet (Der Autor ist Mitglied der dortigen Begleitgruppe). Um einen Unterschied anzuführen: Als in Geesthacht der Dialogprozess gestartet wurde, war die Anlage bereits einige Jahre abgeschaltet und die letzten hochradioaktiven Brennelemente waren bereits in die USA verschifft worden. Für den Berliner Forschungsreaktor aber gilt laut einem Bericht auf der Homepage des HZB vom Juli 2017: „Ein anderer wichtiger Aspekt, den es frühzeitig zu planen gilt, ist die Logistik. Dafür sind bereits mehrere Szenarien durchgespielt worden: Eines sieht vor, dass die Anlage nach der Nachbetriebsphase »kernbrennstofffrei« ist, die Brennelemente also in das Zwischenlager Ahaus abgegeben worden sind.“ Das ist nicht nur für die Bürgerinitiative und die AnwohnerInnen in Ahaus Anlass zum Protest. Es dürfte auch in Berlin besonderen Zündstoff bieten. Einerseits, weil trotz ungelöster Atommüllentsorgung der Forschungsreaktor weitere zwei Jahre hochradioaktiven Atommüll erzeugt. Zum anderen weil die Anti-Atom-Gruppen oftmals nach dem Motto: „Nichts rein – nichts raus“ verfahren. So sollen sinnlose Atomtransporte verhindert werden, die mangels „Endlager“ von einer Zwischenlösung zur nächsten unterwegs sind. Eine derartige „Herausforderung“ hat es für den konsensorientierten Dialog in Geesthacht nicht gegeben. Hinzu kommt, dass es in den letzten Jahren wiederholt Auseinandersetzungen um den Betrieb des Forschungsreaktors in Berlin geben hat, die sicherlich nicht ohne weiteres in einen Dialog überführt werden können: Erst vor wenigen Wochen unterlagen AtomkraftgegnerInnen in Berlin vor Gericht Sie hatten die geplanten Flugrouten über den noch bis Ende 2019 in Betrieb befindlichen Atomforschungsreaktor moniert. Auch warnen sie, dass es in dem am Wannsee gelegenen Reaktor zu

schwersten Unfällen kommen könne. Für Empörung sorgte auch 2014: „Aus Sicherheitsgründen wurde der Wannsee-Reaktor im vergangenen Herbst abgeschaltet – die Öffentlichkeit erfuhr das verspätet. Atomkritiker befürchten große Gefahren, Betreiber und Senat weisen das zurück.“ Auf ihrer Homepage berichtet das HZB über die kommende Abschaltung und das Dialogprojekt: „Insgesamt wird das Vorhaben bis in die frühen 2030er-Jahre hinein dauern“, schätzt der Rückbauleiter, „wobei es zahlreiche externe Einflussfaktoren gibt, die wir heute noch nicht genau kennen, die aber zeitrelevant sind.“ Große Bedeutung kommt deshalb der Öffentlichkeitsarbeit zu. Ina Helms, die Leiterin der Kommunikationsabteilung des HZB, stellte in der Informationsveranstaltung Ideen für eine dialogorientierte Kommunikation und den Projektleiter für die Kommunikation zum Rückbau des BER II, Hannes Schlender, vor. „Wir werden einen Dialog mit allen Anspruchsgruppen und Interessierten aus Politik, Nachbarschaft oder Zivilgesellschaft führen“, sagte Ina Helms. „Das bedeutet, dass wir zuhören und die Wünsche der Beteiligten in den Prozess einfließen lassen“, ergänzt Hannes Schlender. Beispiele dafür, dass solch eine Offenheit



Informationsdienst Umweltrecht e.V.

**IDUR INFORMATIONSDIENST  
UMWELTRECHT E.V.  
NIDDASTRASSE 74  
60329 FRANKFURT/MAIN  
TEL.: 069-252477  
FAX.: 069-252748  
E-MAIL: INFO@IDUR.DE  
WWW.IDUR.DE**

einem Rückbauprojekt förderlich ist, gibt es bereits: Das Helmholtz-Zentrum Geesthacht (HZG) hat das Genehmigungsverfahren für den Rückbau seines Forschungsreaktors dialogorientiert durchgeführt. Den Erfolg zeigte die öffentliche Anhörung, die vor Erteilung der Rückbaugenehmigung gesetzlich vorgeschrieben ist. Hannes Schlender war als Gast dabei: „Die beteiligten Bürgerinnen und Bürger haben zu Beginn der Anhörung deutlich gemacht, dass sie zwar inhaltlich in manchen Punkten nicht mit dem HZG übereinstimmen, dass sie aufgrund des Dialogverfahrens trotzdem volles Vertrauen gegenüber dem Zentrum und seinen Verantwortlichen haben. Wenn uns das auch gelingt, ist das ein großer Erfolg.“ Ob es „volles Vertrauen“ gibt oder aber der konsensorientierte Dialogprozess in Geesthacht eher etwas wie Kontrolle und einen Prozess des Aushandelns ermöglicht, mag dahingestellt sein. Bedeutsam ist, dass der Dialog dort vor allem intensiv und zeitaufwendig an einer gemeinsamen Geschäftsgrundlage gearbeitet hat

und diese „Spielregeln“ zwischen Begleitgruppe und Betreiber auch schriftlich fixiert hat. Leitfragen: Was wollen wir in dem Prozess erreichen, welche Grenzen hat er und wie wird mit Konflikten umgegangen, wenn eine Einigung über einen Sachverhalt und einen Vorgang nicht erreicht werden kann? Erst auf Grundlage einer solchen „Verhandlung und Verständigung“ hat sich der Begleitprozess nach längeren und auch sehr kontroversen und schwierigen Diskussionen in Geesthacht etabliert. Nicht ganz nebensächlich dabei auch „handwerkliche“ Vereinbarungen: Die Begleitgruppe aus BürgerInnen, Verbänden, Initiativen und Parteien hat mit dem Betreiber eine Verständigung, dass Sachverhalte und Probleme durch einen unabhängigen Gutachter, der das Vertrauen der Dialoggruppe genießt, auf Kosten des Betreibers geprüft werden können. Ein Beitrag, der auch etwas damit zu tun hat, einen ehrenamtlichen Dialog zumindest ein Stück weit auf Augenhöhe organisieren zu können. Ohne eine solche Klärung und Verständigung wird es auch in Berlin sicherlich nicht funktionieren, zumal

die kontroversen Themen eindeutig heftiger sind. Die Grundzüge der Zusammenarbeit sind als PDF online und bestehen jeweils aus einem Selbstverständnis zum Dialogprozess aus Sicht der Begleitgruppe und des Betreibers sowie der darauf basierenden „Verständigung“. In jedem Fall dürfte es interessant sein, genauer zu hören, was sich HZB unter dem Dialog vorstellt, welche konkreten Angebote es geben wird und wie sich der Betreiber zu den Konflikten stellt, die ohne Frage zu Beginn auf den Tisch kommen werden / müssen. Es gibt gerade aus der Perspektive von Anti-Atom-Initiativen genug Gründe, Dialog-Angeboten von Atombetreibern kritisch gegenüber zu stehen. Oft genug sind diese lediglich PR-Instrumente und haben eher was von Top-Down-Veranstaltungen. „Einvernehmlicher Rückbauprozess“ ist eine zunächst schöne Formulierung. Die Frage wird sein, ob der Betreiber das mit konkreten Angeboten und Vorstellungen unterfüttern kann. Allemal mit einem Reaktor, der noch in Betrieb ist.

■ Dirk Seifert

### Helmholtz-Zentrum-Berlin startet Bürgerdialog zur Stilllegung des umstrittenen Atomforschungsreaktors

In einem Artikel vom 23. November 2017 beschreibt das Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atom (LAGA), den allgemeinen Ablauf der ersten Informationsveranstaltung zum Rückbau des Forschungsreaktors:

Der Saal war mit geschätzten 100 Menschen gut gefüllt. Die Stimmung war von Beginn recht angespannt. Es war reichlich Zeit für Fragen und Kritik. Und die kamen fachkundig, akzentuiert und auf den Punkt. Schnell zeigte sich, dass viele vor allem direkte AnwohnerInnen über die bisherige Öffentlichkeitsarbeit des Betreibers erbost sind. Insbesondere sind sie durch das hohe Störfallrisiko und die geplanten Flugrouten des neuen Hauptstadtflughafens direkt über das Reaktorgelände beunruhigt. Groteske Ideen in früheren Katastrophenschutzplänen, die die Verteilung von Jod-Tabletten per Taxi vorsahen, tragen da wenig zur Beruhigung bei. Auch an diesem Abend zeigt sich wie schwer man sich tut, da offen mit den Risiken umzugehen. Erst auf mehrere Nachfragen hin gab der Betreiber

zu, dass die Reaktorhalle nicht gegen Flugzeugabstürze geschützt ist. Wichtiger scheint es dem HZB deutlich zu machen, welche hohe wissenschaftliche Bedeutung die Forschung am Reaktor hat und hatte. An der Stelle zeigt sich eine deutliche Parallele zum Forschungszentrum Geesthacht. Für uns als Anti-Atom-Initiative hat sich auch nach fünf Jahren Beteiligung im HZG-Dialog dieser Kausalzusammenhang nicht deutlich gemacht. Gibt es wirklich guten Atommüll aus Forschungsanlagen und bösen aus Leistungsreaktoren? Vor dem Hintergrund der begrenzten Halbwertzeit von Forschungsergebnissen und der im Vergleich damit fast unendlichen Halbwertzeit der Zerfallsprodukte ist in Berlin genau wie in Geesthacht in erster Linie Atommüll produziert worden und nicht Wissen.

Man mag das unwichtig finden, aber an der Stelle zeigt sich, wie weit Betreiber und AnwohnerInnen aufeinander zugehen müssen, wenn die einen vor allem die Risiken für Ihre Gesundheit und die anderen beim Forschungsre-

aktor vor allem erst einmal die „tollen“ Forschungsprojekte sehen.

Ein langer Weg liegt hier vor der möglichen Dialoggruppe. Aber jeder Weg beginnt mit einem ersten Schritt und den ist das HZB auf jeden Fall gegangen. Das Angebot scheint ehrlich. Im Gegensatz zu anderen Rückbau-Prozessen will man nicht nur informieren sondern auch über Inhalte diskutieren. Der Teilnehmerkreis für die mögliche Begleitgruppe ist nicht vorsortiert. Im Januar soll es einen ersten Termin für die Gründung einer Vorbegleitgruppe geben.

Dieser Termin ist für jeden offen. Es wurde zugesagt, dass es keine inhaltlichen Tabus geben werde. Das HZB will sich auch mit den Altlasten seiner Vergangenheit auseinandersetzen. Dass es da viel Gesprächsbedarf gibt, war im Saal deutlich zu spüren.

Und auch die AnwohnerInnen in Berlin-Wannsee sind den ersten Schritt gegangen. Trotz aller schlechten Erfahrungen und allem Misstrauen hat sich eine größere Gruppe gefunden, um

**Fortsetzung auf Seite 16**

# Die Landesmitgliederversammlung 2017

Am 4. November 2017 fanden sich die Mitglieder der Grünen Liga Brandenburg wieder in Potsdam im Reimar-Gilsenbach-Saal, Haus der Natur, zusammen.

In diesem Jahr richtete sich der Fokus der Vorträge auf die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg und ihre Umsetzung. Dazu waren wieder fachkundige Referenten eingeladen, die im Nachhinein mit den Zuschauern und Mitgliedern über den Handlungsbedarf diskutierten. Moderiert wurde diese spannende Veranstaltung von unserem Vorstandsvorsitzenden Heinz-Herwig Mascher. Die Vortragsreihe sorgte für viele Diskussionen und Gespräche. Leider konnte Manfred Stock vom Potsdamer

Institut für Klimafolgenforschung krankheitsbedingt nicht vortragen. Marion Piek (Brandenburg 21 e. V.) führte zu den Umsetzungsproblemen der Nachhaltigkeit aus. In ihrem freien Vortrag ging sie dabei auf die Kommunen ein, deren Ehrenamtliche nicht immer von der Strategie unterstützt werden. Besonders die Planung und die Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategien müssen sich umso mehr an den eigentlichen Akteuren ausrichten, eine ständige Begleitung des Prozesses muss stattfinden. Diese Meinung vertrat auch der zweite Referent, Carsten Linke (Grüne Liga Brandenburg e. V.). Er machte auf die empfohlenen Indikatoren aufmerksam,

die in diesem Jahr vorgestellt wurden. Nur eine verbindliche Messung der Ergebnisse an den Zielen der Landesnachhaltigkeitsstrategie kann



Carsten Linke erläutert die Nachhaltigkeitsmodelle

Foto: Jonas Köhler

## Werde Mitglied der Grünen Liga Brandenburg e. V.



Einzelmitglied	<input type="checkbox"/>	25,00 Euro / Jahr	oder ermäßigt	<input type="checkbox"/>	12,50 Euro / Jahr
Fördermitglied	<input type="checkbox"/>	ab 50,00 Euro / Jahr	Gruppenmitglied	<input type="checkbox"/>	75,00 Euro / Jahr

Vor- / Zuname\*:

KontoinhaberIn\*:

Adresse\*:

Kreditinstitut\*:

E-Mail-Adresse:

BIC\*:

Telefon:

Geb.-Datum:

IBAN\*:

\*Pflichtangaben

**Ich zahle per SEPA-Lastschrift und erteile eine Einzugsermächtigung bzw. ein SEPA-Lastschriftmandat für die:**

Grüne Liga Brandenburg e. V., Lindenstraße 34, 14467 Potsdam

Ich ermächtige die Grüne Liga Brandenburg e. V. widerruflich, Zahlungen von meinem Konto mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der Grünen Liga Brandenburg e. V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Das Mandat gilt für wiederkehrende Zahlungen. Die Mandatsreferenz-Nr. wird dem Kontoinhaber mit einer separaten Ankündigung über den erstmaligen Einzug des Lastschriftbetrages mitgeteilt. Die Einzugsermächtigungen / das SEPA-Lastschriftmandat kann jederzeit ohne Grundangabe schriftlich widerrufen werden.

Ich/Wir möchte(n), dass der Beitrag bis auf Widerruf von meinem/unserem Konto abgebucht wird

Ich überweise den Jahresbeitrag auf das Konto der Grünen Liga Brandenburg e. V.

IBAN: DE22 1806 2678 0000 0550 00 BIC: GENODEF1FWA

\_\_\_\_\_  
Datum / Ort

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Hinweis: Satzung und Beitragsordnung sind auf unserer Internetseite [www.grueneliga-brandenburg.de](http://www.grueneliga-brandenburg.de) einzusehen.

dafür sorgen, dass die vielen beteiligten Ebenen zu gleichen Teilen zur Erfüllung der Strategie beitragen.

Immer wieder kam in den Vorträgen und in der darauffolgenden Diskussion die Rede auf den ehemaligen Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Brandenburg auf. Dieser wurde leider zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Strategie von der Regierung nicht neu berufen. Dabei hatte der Beirat eine wichtige, kritische Rolle eingenommen und seine begleitende

Fachkenntnis fehlt bis heute. In anderen Bundesländern hingegen betreuen Nachhaltigkeitsbeiräte äußerst erfolgreich die jeweiligen Strategien und Konzepte. Deshalb einigten sich die Mitglieder des Vereins auf der anschließenden Mitgliederversammlung, die Neuberufung des Beirates in Brandenburg zu fordern.

Nach den spannenden Vorträgen, der ausgedehnten Mittagspause und der regen Diskussion begann der formelle

Teil der Versammlung. Bei diesem gab es wieder interessante Berichte der Mitgliedsgruppen zu hören. Der zahlreiche Informationsaustausch beschränkte sich dabei nicht auf einige wenige Themen, was den Abend auch über das angesetzte Veranstaltungsende hinaus sehr informativ machte. Wir bedanken uns bei allen Mitgliedern und Gästen, die die Veranstaltung zu einem vollen Erfolg gemacht und mit ihrer Meinung bereichert haben!

■ Jonas Köhler

#### Fortsetzung von Seite 14

auszuloten, ob das Angebot des Betreibers ernstgemeint und annehmbar ist. Ob da der ambitionierte Zeitplan des Betreibers umsetzbar ist, der bereits eine Skopingtermin in August 2018 vorsieht, ist zweifelhaft, denn Konsens und Dialog brauchen Zeit. Auch hier passt die Parallele zu Geesthacht. Auch der dortige Dialog begann damit, dass

der Betreiber deutlich vom ursprünglichen Zeitplan abweichen musste, damit sich die Begleitgruppe ein Bild von den Plänen machen konnte. Inwieweit auch in Berlin die Bereitschaft da ist, hier den Fuß vom Gaspedal zu nehmen, könnte der erste Gradmesser für die Ernsthaftigkeit des Angebotes sein. Wenn es klappt, in Berlin erfolgreich eine Dia-

logprozess in die Gänge zu bekommen, könnte tatsächlich an einem zweiten Rückbaustandort eine konsensorientierte Suche nach Lösungen und damit ein Paradigmen-Wechsel im Umgang der Atomindustrie mit den Menschen rund um ihre Anlagen starten.

■ AG-Öffentlichkeit//B des Lüneburger Aktionsbündnis gegen Atom (LAGA),

## VISIONEN HABEN

## HANDELN ANREGEN

## NETZWERKE KNÜPFEN

IM JAHR 1990 GRÜNDETEN UMWELTBEWEGTE EIN NETZWERK, DAS SEINE WURZELN IN DEN KIRCHLICHEN UMWELT- UND FRIEDENSGRUPPEN, STADTÖKOLOGIEGRUPPEN SOWIE VIELEN ÖRTLICHEN NATUR- UND UMWELTSCHUTZINITIATIVEN DER DDR HAT. DIE GRÜNE LIGA BRINGT DEN ERFAHRUNGSSCHATZ IHRER VORGESCHICHTE IN IHRE GRUNDSATZPOSITIONEN EIN: GRENZEN DER RESSOURCEN AKZEPTIEREN, REGIONAL UND TRANSPARENT ENTSCHEIDEN, STRUKTUREN VON UNTEN ENTWICKELN, DIE ERDE ALLEN GEBEN, VIELFALT BEWAHREN, WERTE NEU BESTIMMEN, GESCHICHTE BEGREIFEN, NEU DENKEN, KONSEQUENT TIEFGREIFENDE VERÄNDERUNGEN FORDERN, DIALOGE ERMÖGLICHEN, ÖFFENTLICHKEIT INFORMIEREN, KONFLIKTE OHNE GEWALT LÖSEN.

DIE GRÜNE LIGA VEREINT GRUPPEN, INITIATIVEN UND EINZELPERSONEN, DIE SICH GEMEINSAM AUF VIELFÄLTIGE ART UND WEISE FÜR NATUR- UND UMWELTSCHUTZ EINSETZEN. INNERHALB DIESES NETZWERKS WAHREN DIESE GRUPPEN IHRE EIGENSTÄNDIGKEIT UND IDENTITÄT. ZIEL DES NETZWERKS IST DIE REGIONALE SOWIE FACHLICHE KOORDINATION UND UNTERSTÜTZUNG VON AKTEUREN UND AKTIVITÄTEN. DIE FACHARBEIT IST IN ARBEITSKREISEN VERNETZT – STRUKTURELL HABEN SICH IN DEN FÜNF NEUEN BUNDESLÄNDERN UND IN BERLIN LANDESVERBÄNDE ZUSAMMENGESCHLOSSEN.

MAN KANN PROBLEME NICHT WEGREDEN; SIE MÜSSEN GELÖST WERDEN. DESHALB INITIIERT UND UNTERSTÜTZT DAS NETZWERK GRÜNE LIGA SEIT SEINER GRÜNDUNG PROJEKTE UND AKTIVITÄTEN ZUM NATUR- UND UMWELTSCHUTZ. EINIGE BEISPIELE DAFÜR SIND: UMWELTERZIEHUNG MIT KINDERN UND JUGENDLICHEN, UMWELTBERATUNG, NATUR- UND ARTENSCHUTZ, PROJEKTE UND AKTIONEN ZUR ABFALL- UND VERKEHRSVERMEIDUNG, LANDSCHAFTSPFLEGE, FÖRDERUNG VON NACHHALTIGER REGIONALENTWICKLUNG, FÖRDERUNG DES SANFTEN TOURISMUS UND ZU LOKALEN AGENDEN. DIE GRÜNE LIGA SUCHT IN IHRER ARBEIT DAS ZUSAMMENGEGEHEN MIT GLEICHGESINNTEN MENSCHEN, INITIATIVEN UND VEREINEN.

### Impressum

Herausgeber und Verleger:  
Grüne Liga Brandenburg e. V.

Haus der Natur

Lindenstraße 34

14467 Potsdam

Tel.: 0331 - 20155 20

Fax: 0331 - 20155 22

potsdam@grueneliga-brandenburg.de

www.grueneliga-brandenburg.de

Redaktion:

Michael Ganschow, Jonas Köhler,  
Matthes Koellmann, Rebekka Roch,  
Christine Titel,

Katrin Fahrenz (Libell Logo)

Erscheinungsweise: quartalsweise

Preis: 1,00 Euro

bei Mitgliedern im Beitrag enthalten

Auflage: 1.000 Exemplare

Bankverbindung:

Inhaber: Grüne Liga Brandenburg e. V.

VR Bank Lausitz

IBAN

DE13 1806 2678 0200 0550 00

BIC: GENODEF1FWA

Namentlich gekennzeichnete  
Beiträge müssen nicht die Meinung  
der Redaktion wiedergeben.

Nachdruck und Weiterverbreitung  
der Texte nur mit vorheriger  
Genehmigung der Redaktion.